

Bündnis 90 / die Grünen

Sparkassen-Fusion

26.4.10

Es ist unglaublich – da entscheiden sich 2 Gemeinderatsgremien einstimmig bzw. mit übergroßer Mehrheit gegen eine Fusion ihrer Sparkasse, aber gewisse Herrschaften kümmern dies nicht ! Seit wann ist eine Sparkasse (eine öffentlich-rechtliche Einrichtung) im Privatbesitz einzelner ? Nun haben wir es schriftlich, dass in spätestens 5 Jahren Filialen geschlossen werden und dann eine immer älter werdende Bevölkerung selbst zusehen muss, wie sie an die dann nächstgelegene Filiale gelangt. Es ist zu befürchten, dass es dann als erstes die kleinen Filialen, wie z.B. in Etzenrot trifft. Zudem werden zahlreiche Stellen nach Zur- Ruhesetzung der Mitarbeiter nicht mehr besetzt werden. Hier beteiligt sich die ‚öffentliche Hand‘ ohne Not am weiteren Stellenabbau in Deutschland! Ich glaube den Herrschaften nicht, wenn sie behaupten, dass sie von der Fusion keine materiellen (oder immateriellen)Vorteile hätten, aber die Zukunft wird es zeigen ! Noch weniger glaube ich dem Vorstand, wenn er behauptet , dass es nicht um’s Geld ginge, konnte man doch in den ‚BNN‘ lesen, wie deutlich sich die Fusion auf seine Ruhestandsbezüge auswirken wird. Ebenso konnte man nachlesen, dass es in Baden-Württemberg noch zahlreiche Sparkassen gibt, die trotz ‚schlechterer‘ Bilanzen als Ettlingen ihre Selbstständigkeit und damit Unabhängigkeit und Bürgernähe bewahrt haben.

Ich empfinde es als unerträglich, wenn sich lediglich von einer Minderheit (wenn man die Wahlbeteiligung zugrundelegt) gewählte Bürgermeister über die von einer großen Mehrheit gewählten Gemeinderäte hinwegsetzen. Keines der von den Befürwortern genannten Argumente lässt eine Fusion als zwingend erscheinen. Es sollte juristisch überprüft werden, ob es wirklich rechtens ist, dass eine Einzelperson gegen das Votum seines Gemeinderates über die Zukunft einer Sparkasse , die meiner Meinung nach zur ‚Grundversorgung‘ der Bevölkerung gehört, entscheiden darf. Es ist ebenso unerträglich, wenn sich vom Volk gewählte Bürgermeister hinter ihrer Verschwiegenheitspflicht als Verwaltungsrat verschanzen aber letztlich bei der Trägerversammlung als Bürgermeister, der zur Information verpflichtet ist, abstimmen. Wo bleibt da die Transparenz? Meine Hochachtung gehört den Bürgermeistern Masino und Schuster, die sich aufrecht für die Interessen ihrer Gemeinden und deren Bevölkerung eingesetzt haben.

Text: Gerhard Knobloch